

PRESSEMITTEILUNG

29. Mai 2019

Konjunkturelle Abwärtsrisiken stellen Finanzstabilität vor erhöhte Herausforderungen

- Eintreten von Abwärtsrisiken für das Wirtschaftswachstum könnte Volatilitätsanstieg an den Finanzmärkten nach sich ziehen
- Anhaltende Abwärtsrisiken für das Wachstum erhöhen Notwendigkeit der Stärkung der Bilanzen von hoch verschuldeten Unternehmen und Staaten
- Langsamer Fortschritt bei der Beseitigung struktureller Herausforderungen belastet Ertragsaussichten der Banken

„Sollten die Abwärtsrisiken für den Wachstumsausblick zum Tragen kommen, könnten daraus Risiken für die Finanzstabilität erwachsen“, so Luis de Guindos, Vizepräsident der EZB. „Die Wachstumsaussichten spielen für alle wesentlichen Finanzstabilitätsrisiken eine zentrale Rolle.“

Die Unsicherheit bezüglich der weltwirtschaftlichen Wachstumsperspektiven hat dazu beigetragen, dass an den Finanzmärkten zeitweise eine hohe Volatilität zu verzeichnen war. Im Financial Stability Review wird davor gewarnt, dass die Vermögenspreise weiter sinken könnten, sollten die Wachstumszahlen schwächer als erwartet ausfallen und sich Handelskonflikte weiter zuspitzen.

Insbesondere die risikoreicheren Segmente des Unternehmenssektors weisen ein erhöhtes Neubepreisungsrisiko auf. Ein Rückgang der Unternehmensgewinne würde auch das in den letzten Jahren weltweit stark gewachsene Segment der Leveraged Loans treffen. Im Bericht wird aufgezeigt, inwiefern von diesem Sektor Risiken für die Finanzstabilität ausgehen könnten, vor allem in Anbetracht vorhandener Unsicherheiten hinsichtlich des Verbleibs der Letztrisiken der risikoreichsten Tranchen von Collateralised Loan Obligations.

Sollten die Abwärtsrisiken für das Wachstum tatsächlich eintreten, würden die Refinanzierungskosten für anfällige Staaten wahrscheinlich steigen und möglicherweise Bedenken hinsichtlich der Schuldentragfähigkeit auslösen. Neben der Last aus hoher Verschuldung und großen Haushaltsdefiziten könnten sich einige Staaten einem Anschlussfinanzierungsrisiko gegenübersehen, falls Marktteilnehmer die Ausfallrisiken neu bewerten sollten.

Die Ertragslage der Banken im Euro-Währungsgebiet wird den Erwartungen zufolge schwierig bleiben. Laut Schätzungen der EZB dürfte sich die aggregierte Eigenkapitalrendite in den nächsten zwei bis drei Jahren auf rund 6 % belaufen. Ein Großteil der Banken im Euroraum wird die Renditeerwartungen der Investoren in Höhe von etwa 8 % bis 10 % nicht erfüllen können. Dennoch verfügen die Banken über eine solide Eigenkapitalausstattung und dürften sich daher weitgehend resilient gegenüber möglichen adversen Szenarien zeigen. Trotz dieser auf kurze Sicht durchaus vorhandenen Widerstandsfähigkeit wird im Financial Stability Review betont, dass eine Änderung des Ratingausblicks die mittelfristigen Refinanzierungskosten der Banken ansteigen lassen könnte. Um zu einem nachhaltigen Ertragsmodell zurückzukehren, müssen die Banken im Eurogebiet eine Reihe struktureller Herausforderungen angehen und beispielsweise ihre derzeit geringe Kosteneffizienz erhöhen, ihre Erträge stärker diversifizieren und den in einigen Ländern noch immer hohen Bestand an Altlasten abbauen.

In dem Bericht wird außerdem auf die anhaltend hohe Risikobereitschaft von Nichtbanken und Fonds eingegangen. Es gibt Anzeichen dafür, dass mehr und mehr Fonds ihren Verschuldungsgrad erhöhen und sich verstärkt in höher rentierlichen Anlagen mit entsprechend größeren Kreditrisiken engagieren. Eine erneute abrupte Neubewertung von Finanzwerten könnte hohe Mittelabflüsse auslösen und Investmentfonds zu Vermögensveräußerungen zwingen, wodurch sich die Spannungen in weniger liquiden Marktsegmenten zusätzlich erhöhen würden.

Die aktuelle Ausgabe des Financial Stability Review enthält drei Sonderbeiträge, wovon sich einer mit den finanzstabilitätsbezogenen Herausforderungen des Klimawandels beschäftigt. Dabei werden unter anderem die Messung der unmittelbaren Risiken des Klimawandels erörtert und die Übergangsrisiken, die bis zur Erreichung der international vereinbarten Klimaziele zu erwarten sind, besprochen.

Medianfragen sind an Herrn [William Lelieveldt](#) zu richten (Tel.: +49 69 1344 7316).

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation

Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland

Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.